

Königer, Heinz

Über die Ostkonzeption des westdeutschen Imperialismus, ihre Traditionen und die Rolle des sudetendeutschen Revanchismus

Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity. C, Řada historická.
1963, vol. 12, iss. C10, pp. [125]-143

Stable URL (handle): <https://hdl.handle.net/11222.digilib/102208>

Access Date: 26. 02. 2024

Version: 20220831

Terms of use: Digital Library of the Faculty of Arts, Masaryk University provides access to digitized documents strictly for personal use, unless otherwise specified.

HEINZ KUNIGER

ÜBER DIE OSTKONZEPTION DES WESTDEUTSCHEN
IMPERIALISMUS. IHRE TRADITIONEN
UND DIE ROLLE DES SUDETENDEUTSCHEN
REVANCHISMUS

Am 8. Mai 1945 unterzeichneten die Beauftragten des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin-Karlshorst die Urkunde über die bedingungslose Kapitulation des deutschen Militarismus. Zum zweiten Male war sein Versuch gescheitert, eine Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten zu erzwingen. Gleichzeitig aber war damit auch der Versuch gescheitert, den ersten Staat der Arbeiter und Bauern, die sozialistische Sowjetunion zu zerschlagen. Innerhalb einer Generation hatte der deutsche Imperialismus und Militarismus die Hauptschuld für zwei Kriege auf sich geladen, die von den Völkern Europas ungeheure Opfer forderten und das deutsche Volk in die nationale Katastrophe führten. Das war das Ergebnis einer skrupellosen Politik der aggressivsten Kreise der deutschen Grossbourgeoisie, die nur danach trachtete, den Widerspruch zwischen einer hohen Konzentration des Kapitals sowie der Produktion und dem Fehlen eines entsprechenden Kolonialreiches, durch Neuaufteilung der Welt mittels militärischer Gewalt zu lösen. In seinem Werk „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ deckte Lenin auch die Ursachen auf, die der imperialistischen Expansionspolitik zugrunde liegen, als er u. a. schrieb:

„Die Kapitalisten teilen die Welt nicht etwa aus besonderer Bosheit unter sich auf, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung »nach dem Kapital«, »nach der Macht« vorgenommen . . .“¹

Aber dem deutschen Imperialismus fehlten die Macht und die materiellen Voraussetzungen für einen siegreichen Kampf gegen die Konkurrenz, weshalb sein erster Versuch, eine Neuaufteilung der Welt mit militärischer Gewalt zu erzwingen, 1918 scheiterte. Doch die deutsche Grossbourgeoisie zog daraus keine Lehren. Sie nutzte vielmehr den seit 1917 bestehenden Grundwiderspruch unserer Epoche zwischen Sozialismus und Kapitalismus sowie den Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Mächten aus, um ihre Machtgrundlagen zu retten um dann Schritt für Schritt wieder ihre Positionen für einen neuen Krieg zur Errichtung ihrer Weltherrschaft auszubauen.²

Zur Durchsetzung ihrer Ziele bediente sich die deutsche Grossbourgeoisie schon seit Ende des 19. Jahrhunderts zweier taktischer Varianten, der grossdeutschen und mitteleuropäischen Konzeption. Die Ideologen der Mitteleuropa-Konzeption forderten den wirtschaftlichen Zusammenschluss der Staaten Mitteleuropas unter deutscher Führung, dessen Krönung ein „übernationaler Wirtschaftsstaat“ bilden sollte. Die Vertreter der grossdeutschen Konzeption wollten eine direkte Beherrschung ganz Mitteleuropas durch die Schaffung eines „grossdeutschen Reiches“ mittels Okkupation der Nachbarstaaten oder Teile von ihnen. Die prinzipielle gemeinsame Zielrichtung beider Varianten zeigt sich auch in ihrer Stellung zu

den slawischen Nachbarvölkern. So erklärte der Mitteleuropa-Ideologe Friedrich Naumann, dass das geforderte supranationale Staatsgebilde „keine reine Souveränität der Kleinvölker“ dulde; denn „politische Kleinbetriebe bedürfen der Anlehnung“.³ Die Vertreter der grossdeutschen Richtung forderten offen, dass die kleinen „nichtdeutschen“ Völker entrechtet, durch Bodenenteignung und Massenausiedlung zu Arbeitssklaven der deutschen „Herrenrasse“ degradiert werden müssten.⁴ Damit war vor allem die Liquidierung des „slawischen Keils“ in Mitteleuropa durch die Germanisierung Böhmens und Mährens gemeint. Wir sehen schon, wie hier die späteren Praktiken der faschistischen Okkupanten „theoretisch“ vorweggenommen wurden. Den jeweiligen Kräfteverhältnissen entsprechend bestimmte die eine oder andere Konzeption die offizielle deutsche Aussenpolitik. Nach dem Scheitern der „grossdeutschen“ Konzeption im ersten Weltkrieg wurde in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre wieder die Mitteleuropa-Konzeption lebendig, unter deren Fahne die „pénétration pacifique“ der europäischen Länder und besonders des traditionellen Expansionsgebietes Südosteuropa begann.⁵ Diese „friedliche Durchdringung“ anderer Länder war begleitet vom systematischen Aufbau einer Fünften Kolonne aus der in diesen Ländern lebenden deutschsprachigen Bevölkerung, der mit einer verstärkten Propaganda über ihre angebliche nationale Unterdrückung verbunden war.

Dabei richtete sich schon sichtbar der Hauptstoss gegen die Tschechoslowakei, die ein wichtiges Hindernis auf dem Weg nach Südosten bildete. So wurden schon unter der Fahne der Mitteleuropa-Konzeption wesentliche Voraussetzungen für die Verwirklichung der „grossdeutschen“ Konzeption geschaffen. Diese setzte sich dann in dem Masse, wie sich Hitlerdeutschlands Positionen durch das Zurückweichen der Westmächte stärkten, in der faschistischen Aussenpolitik immer mehr durch. Als Basis für die Hegemonie in Europa sollte ein „grossdeutsches“ Reich geschaffen werden durch die Annexion der slawischen Nachbarländer, Österreichs, grosser Teile der westlichen Sowjetunion sowie wirtschaftlich und strategisch wichtiger Gebiete anderer Nachbarstaaten. Um dieses „grossdeutsche“ Reich sollten dann alle anderen Länder Europas einen Kranz von Satellitenstaaten als Rohstoff- und Arbeitskräftereservoir bilden. Das war im Prinzip die alte grossdeutsche Konzeption, die nun unter der Losung von der „Neuordnung Europas“ im Zeichen des Antikommunismus verwirklicht werden sollte.

Der Antikommunismus sollte den zu erwartenden Widerstand der Völker und der Konkurrenz gegen die faschistische Eroberungspolitik ausschalten oder zumindest abschwächen. Das Schreckgespenst des Kommunismus wurde an die Wand gemalt, seine Vernichtung, die auch die Zerschlagung der Sowjetunion einschloss, als oberstes Ziel der faschistischen Politik bezeichnet und Hitlerdeutschland als zuverlässigstes Bollwerk gegen den Kommunismus gepriesen. Darin lag eine Aufforderung an die Westmächte, in ihrem eigenen Klasseninteresse dem erstarkenden deutschen Imperialismus freie Hand zu lassen.⁶ Gegen Ende des Krieges, als sich die Niederlage des Aggressors abzeichnete, wurden die Westmächte aufgefordert, zur „Rettung Europas“ mit ihm gemeinsam gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Die Westmächte hatten lange gehofft, ihre Gegensätze zu Hitlerdeutschland auf Kosten der Sowjetunion lösen und, nachdem beide sich gegenseitig geschwächt hatten, ihnen ihren Willen aufzwingen zu können.⁷ Das waren der Klasseninhalt und die Zielsetzung der sog. Appeasement-Politik der Westmächte, die Hitler schliesslich in München auf Kosten der Tschechoslowakei das Tor nach Südosten und Osten öffnete.⁸

Die Aggressionsakte Hitlerdeutschlands wurden bis zum Überfall auf Polen im Zeichen des Antikommunismus und Chauvinismus, unter der Losung vom „Selbstbestimmungsrecht“ der deutschsprachigen Bevölkerung in den bedrohten Ländern, durchgeführt. Der grösste Teil dieser Bevölkerung wurde mit Hilfe der faschistischen Organisationen als 5. Kolonne gegen ihren Heimatstaat missbraucht. Das zeigte sich am deutlichsten in der Rolle der „Sudetendeutschen Partei“ in der Tschechoslowakei.⁹ Sie arbeitete aktiv mit an der Okkupation der ČSR durch Hitler und der Schaffung des Vorwandes, stellte Kader für den Unterdrückungsapparat zur Verfügung, arbeitete Pläne zur Vernichtung des tschechischen Volkes aus und bereitete ihre Verwirklichung vor.¹⁰ Schon im Sommer 1938, als Henlein noch vorgab, für das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Minderheit zu kämpfen, arbeitete sein Stab ein Aktionsprogramm zur völligen Germanisierung Böhmens und Mährens aus.¹¹ Diese „Grundplanung A. O.“ bildete die Grundlage der verschiedenen Germanisierungspläne, die schliesslich im Programm für die Ausrottung unserer slawischen Nachbarvölker, dem „Generalplan Ost“ ihren Niederschlag fanden. Die Zustimmung der Wirtschaftsführer, der Generalität und der Diplomatie zu diesen Vernichtungsplänen¹² beweist, dass die Feindschaft gegenüber den slawischen Völkern nicht nur eine Entartung der Nazi-Clique, sondern ein Wesenszug des deutschen Imperialismus und Militarismus ist. Sie bildet einen untrennbaren Bestandteil der grossdeutschen Konzeption. Die Ruinen von Lidice und Léžaky in der Tschechoslowakei, unzähliger Orte in der UdSSR und in Polen wurden ebenso zu Symbolen für die barbarische Grausamkeit des deutschen Imperialismus und Militarismus wie Telavag in Norwegen, Oradour sur Glane in Frankreich und Marzabotto in Italien. Dabei richtete sich der Hauptstoss der Okkupanten gegen die Arbeiterklasse und die Intelligenz, um die Völker ihrer Führung zu berauben. Der Sieg über die faschistischen Okkupanten, der unter entscheidendem Anteil der Sowjetarmee errungen wurde und der damit verbundene Sieg der nationalen und demokratischen Revolution unter Führung der Arbeiterklasse führte zur Wiederherstellung der nationalen Freiheit der slawischen Völker Mittel- und Südosteuropas, zur Bildung souveräner volksdemokratischer Staaten.

Der zweite Versuch des deutschen Imperialismus, eine gewaltsame Neuaufteilung der Welt zu seinen Gunsten zu erzwingen, endete mit seiner vollständigen militärischen Niederlage und führte das deutsche Volk in die nationale Katastrophe. Damit war aber auch zugleich der Versuch der reaktionärsten imperialistischen Kräfte in Westeuropa und den USA gescheitert, mit Hilfe des deutschen Faschismus, den sie als ihren Stosstrupp betrachtet hatten, die Sowjetunion zu zerschlagen und die gesetzmässige Entwicklung der Menschheit zum Sozialismus durch Krieg aufzuhalten. Der Imperialismus erwies sich auch als unfähig, die sozialistischen Revolutionen in Europa, Asien und auf Kuba sowie den Zusammenbruch seines Kolonialregimes durch den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker zu verhindern. So bildete sich nach dem 2. Weltkrieg ein neues internationales Kräfteverhältnis zugunsten des Sozialismus und aller übrigen friedliebenden Kräfte heraus. Das sozialistische Lager entstand, erstarkte und wurde immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor unserer Epoche. Der Imperialismus dagegen wurde immer mehr zurückgedrängt und die allgemeine Krise des Kapitalismus verschärfte sich weiter.¹³

Vergeblich haben sich die Westmächte bemüht, diese Entwicklung aufzuhalten. Sie widersetzten sich allen Versuchen der Sowjetunion und der anderen sozialis-

tischen Länder, den Weltfrieden durch eine Politik der friedlichen Koexistenz zwischen den beiden Weltlagern zu sichern. Vielmehr gaben sie sich der Illusion hin, die Sowjetunion, die die Hauptlast des Krieges getragen hatte, sei dadurch so geschwächt, dass sie nunmehr endlich zur Kapitulation gezwungen und so das seit 1918 ersehnte Hauptziel der imperialistischen Politik erreicht werden könnte, zumal sie einige Jahre lang das Atombombenmonopol besaßen und zur Erpressung einsetzten.

Schon vor Beendigung des Krieges in Europa waren führende Vertreter der Westmächte darangegangen, wieder die alte, vom blinden Antikommunismus diktierte, aussenpolitische Konzeption durchzusetzen, die sie schon bis 1941 verfolgt hatten. Unter Bruch der in Teheran und Jalta geschlossenen Abkommen wollten sie in Mitteleuropa militärische und politische Ausgangspositionen schaffen, die es ihnen gestatteten, die Sowjetunion aus Europa zu verdrängen und zu isolieren.¹⁴ Auf diese Weise wollten sie die kapitalistische Ordnung in ganz Europa erhalten und auch den durch die UdSSR befreiten Völkern einen imperialistischen Frieden aufzwingen.¹⁵ Doch das reale Kräfteverhältnis, die Macht der Sowjetunion und die Haltung der Volksmassen auch in den imperialistischen Ländern, hinderte sie daran.¹⁶ Auch das grausame Fanal der amerikanischen Atompilze von Hiroshima und Nagasaki, die das Wiederaufleben des Antibolschewismus in der imperialistischen Aussenpolitik ankündigten, vermochten nichts mehr an der Entwicklung des neuen Kräfteverhältnisses zu ändern. Diese vom Antikommunismus diktierte Politik aber bildete, wie schon einmal nach 1918, wieder die Voraussetzung für das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus und Militarismus, der nun allerdings auf Westdeutschland beschränkt blieb.

Vor den verantwortlichen Kräften in Deutschland stand die Aufgabe, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen und die Grundlagen für ein demokratisches und friedliebendes Deutschland zu schaffen. In ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 unterbreitete die KPD dem deutschen Volk das Programm einer tiefgreifenden ant imperialistischen Umwälzung und der Errichtung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung unter Führung der Arbeiterklasse in ganz Deutschland.¹⁷ Dieses Programm befand sich in voller Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945, in dem sich die Grossmächte der Antihitler-Koalition verpflichteten, dem deutschen Volk bei der demokratischen Umgestaltung seines Lebens zu helfen. Doch während im Osten Deutschlands die demokratischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht und gestützt auf das Potsdamer Abkommen, die Wurzeln des Imperialismus, Militarismus und Faschismus ausrotteten und die Fundamente für ein antifaschistisch-demokratisches und friedliebendes Deutschland legten, wurden in Westdeutschland wieder diese Kräfte restauriert und mit ihnen die alten Expansionsziele.¹⁸

Die deutsche Grossbourgeoisie und ihre Politiker warfen sich nach Ihrer Niederlage den Westmächten und besonders den USA in die Arme, um als deren unentbehrlicher Verbündeter im antikommunistischen Komplott auf der Grundlage gleichartiger Klassenziele ihre ökonomischen Grundlagen in ganz Deutschland zu retten und wieder die Voraussetzung für eine neue Ostexpansion schaffen zu können.¹⁹ Als diese Absicht am Widerstand der Arbeiterklasse Ostdeutschlands und der UdSSR scheiterte, gab die deutsche Grossbourgeoisie im Interesse ihrer Klassenherrschaft den einheitlichen deutschen Nationalstaat preis,²⁰ spaltete sie gemeinsam mit den Westmächten die deutsche

Nation durch die Gründung des Bonner Separatsstaates und wurde zum eifrigsten Verfechter der gegen das sozialistische Lager und die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichteten NATO-Politik. Unter den Fittichen der NATO und dem Deckmantel des Antikommunismus baute die westdeutsche Grossbourgeoisie wieder Schritt für Schritt ihre ökonomischen und militärischen Positionen aus. Doch sie war nicht mehr stark genug, ihre Expansionspläne allein zu verwirklichen. Durch die Herausbildung des sozialistischen Lagers wurde der traditionelle Expansionsweg des deutschen Imperialismus nach Ost- und Südosteuropa versperrt. Seine ökonomische sowie militärische Kraft und strategische Stellung war durch die Existenz der DDR entscheidend geschwächt worden. In der Tschechoslowakei und in Polen sowie den anderen volksdemokratischen Ländern Europas herrschten keine bürgerlichen Regierungen mehr, die um ihrer egoistischen Klassenziele willen ihre Völker dem Aggressor auslieferten, sondern sozialistische Regierungen unter Führung marxistisch-leninistischer Kampfparteien. Sie verteidigten konsequent die Integrität des sozialistischen Lagers und damit auch die nationale Unabhängigkeit ihrer Völker. Nach der Gründung des aggressiven NATO-Paktes schlossen sie sich deshalb im Warschauer Vertrag zusammen.

Die westdeutsche Grossbourgeoisie, da sie allein nichts mehr auszurichten vermag, unterwarf sich völlig der antikommunistischen und sowjetfeindlichen Grundkonzeption der Westmächte, ja wurde zum eifrigsten Verfechter des Kalten Krieges und der NATO. Als der unentbehrliche Verbündete der Westmächte baute sie unter der Losung von der „Integration Europas“ ihre ökonomischen und militärischen Positionen immer mehr aus und wurde so schnell wieder zur stärksten Macht in Westeuropa. Sie überzog die Verbündeten mit Militärstützpunkten und besetzte immer mehr Kommandoposten in der NATO²¹ und anderen supranationalen Organisationen, die sie benutzt, um auch die Verfügungsgewalt über eigene oder NATO-Atomwaffen zu erhalten. Das sind die Prinzipien der Mitteleuropa-Konzeption, die nun für die Erringung der westdeutschen Vorherrschaft in Westeuropa angewandt wurden.²²

Die ökonomische und strategische Grundlage der „Integration Europas“ unter Führung der westdeutschen Grossbourgeoisie aber bildet die Angliederung der Deutschen Demokratischen Republik an den Bonner Staat,²³ die zugleich den ersten Schritt seiner Ostexpansion bilden soll. Europäische Integration und nationalistische Ostpolitik sind also zwei verschiedene Seiten der Bonner Politik. Das bestätigte u. a. der heutige Aussenminister Schröder schon am 1. September 1953 im „Industriekurier“:

„Der (west)deutschen Politik bleibt die Doppelaufgabe gestellt: Deutschland in die freie westliche Welt fest und sicher einzufügen und gleichzeitig seine eigene territoriale Wiederherstellung in seiner traditionellen Gestalt zu vollziehen.“

Die Liquidierung der DDR wurde vor allem auf zwei Ebenen vorbereitet. Der propagandistische Schwerpunkt lag unter Missbrauch des Nationalgefühls unseres Volkes in der Forderung nach sog. freien Wahlen. In ihnen sollten über 35 Mill. Wahlberechtigte Westdeutschlands, die zudem noch der antikommunistischen Hysterie unterworfen sind, die rd. 12 Mill. Wähler der DDR überstimmen und so die „friedliche“ Angliederung der DDR ermöglichen. Mit weniger Lärm aber dafür um so intensiver wurde die gewaltsame Liquidierung der DDR vorbereitet. Als propagandistischer Anlass sollte nach dem Vorbild Hitlers ein von Agentenzentralen organisierter „Aufstand“ in der DDR benutzt werden, wie er 1953 ergebnislos versucht und für 1961 erneut geplant war. Dieser Putsch sowie der völker-

rechtlich unhaltbare und deshalb provokatorische Anspruch Bonns, der einzig rechtmässige deutsche Staat zu sein,²⁴ soll die geplante Annexion in eine rein innerdeutsche Angelegenheit, eine Polizeiaktion, ummünzen.²⁵ Die Bonner Machthaber wollen auf diese Weise die für diesen Fall vorgesehene Unterstützung der DDR durch die Staaten des Wahrschauer Vertrages in einen Angriff auf Bonn ummünzen, was zwangsläufig auf Grund des NATO-Vertrages das Eingreifen der Westmächte und somit einen atomaren Weltkrieg zur Folge haben müsste. Auf diese Weise sollen die Verbündeten der DDR vor die Alternative „Preisgabe der DDR oder atomarer Weltkrieg“ gestellt werden, in der Illusion, die sozialistischen Staaten würden aus pazifistischer Friedensliebe oder aus Angst vor einem nuklearen Krieg die DDR opfern.²⁶ So soll durch atomare Erpressung oder, wenn nicht anders möglich, durch Krieg²⁷ die Basis für die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa geschaffen, die NATO bis an die Oder vorgeschoben²⁸ werden, um dann mit ähnlichen Mitteln nach bekanntem Vorbild Polen, die Tschechoslowakei und die anderen sozialistischen Länder Europas zu spalten und einzeln zu unterwerfen.²⁹ Diesem „Outline-Plan“ liegt die Theorie des „begrenzten Krieges“ zugrunde, die davon ausgeht, dass die „atomare Abschreckung“ die UdSSR am Eingreifen hindern und diese somit Bonn das sozialistische Lager stückweise überlassen werde.³⁰ Die Zerschlagung der auf diese Weise isolierten Sowjetunion soll dann den schönsten Traum der Imperialisten seit 1917 erfüllen.³¹ Indem die Bonner Machthaber sich dieser abenteuerlichen Illusion hingeben, beschwören sie die Gefahr eines thermonuklearen Weltbrandes herauf. Mit dieser Politik der Kriegsdrohung gegen das deutsche Volk und die Nachbarländer, ja schliesslich die ganze Welt, die unserem Volk allein die Perspektive des atomaren Massengrabes bietet, beweist die deutsche Grossbourgeoisie abermals, „dass sie untauglich ist, die Nation friedlich zu führen und die Vergangenheit zu bewältigen“, dass sie endgültig den Anspruch auf die Führung der Nation verwirkt hat.³² Ihr Bonner Staat verkörpert die reaktionärsten Traditionen der deutschen Geschichte³³ und gefährdet mit seiner Aggressionspolitik die physische Existenz der deutschen Nation. Allein die deutsche Arbeiterklasse, die sich unter Führung ihrer Partei, der SED, gemeinsam mit allen anderen demokratischen Kräften in der DDR ihren Staat, den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden, geschaffen hat, ist zur Führung der Nation berufen.³⁴ Sie verwirklichte konsequent die Beschlüsse von Potsdam und weist der deutschen Nation den Weg in die friedliche und glückliche Zukunft des Sozialismus. Befreit von der Herrschaft der Monopole verwirklicht die DDR mit ihrer Aussenpolitik der Verständigung und des Friedens mit allen Völkern die besten humanistischen Traditionen der deutschen Nation. Vor dem diplomatischen Korps umriss der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, W. Ulbricht, am 26. September 1960 diese Prinzipien wie folgt:

„Wir sind der Ansicht, dass das deutsche Volk Grösse und unvergänglichen Ruhm niemals mehr auf dem Schlachtfeld suchen darf, sondern dass es seine Grösse und seinen Ruhm allein auf dem Felde der Wissenschaft und der Kultur, der Wirtschaft und der sozialen Leistung finden kann. Hierin, im edlen friedlichen Wettstreit mit den anderen Völkern gemeinsam die ganze Menschheit vorwärtszubringen, sehen wir das grösste und schönste Ziel, das sich die deutsche Nation nur setzen kann, ein Ziel, das zu erreichen jede Anstrengung lohnt.“³⁵

Während die Aussenpolitik der DDR vom Gedanken der Völkerfreundschaft getragen wird³⁶ und dieser Politik weit über 100 Vorschläge an Bonn für ein friedliches Zusammenleben beider deutscher Staaten entsprangen, setzen die west-

deutschen Machthaber die traditionelle feindselige Politik des deutschen Imperialismus, besonders gegenüber den slawischen Nachbarvölkern und der Sowjetunion fort und lehnten alle Vorschläge der DDR ab.

Diese Politik hat aber bereits zweimal Schiffbruch erlitten, mit ihr die grossdeutsche Ideologie und ihre „Neuordnung Europas“, in deren Namen die Völker überfallen wurden. Der Versuch, die alte Politik unter den veränderten Kräfteverhältnissen weiterzuführen, verlangte deshalb nicht nur eine neue Taktik, sondern auch eine veränderte zugkräftige Ideologie, mit deren Hilfe die westdeutschen Menschen und die Völker Westeuropas wieder vor den schon arg lädierten Kriegskarren des deutschen Imperialismus gespannt werden können. Doch eine von der Geschichte zum Untergang verurteilte Gesellschaftsordnung und Politik kann keine neuen Ideen hervorbringen. Deshalb griffen die Ideologen des westdeutschen Imperialismus, die im dritten Reich die grossdeutsche Ideologie propagiert hatten, nun wieder auf die Mitteleuropa-Idee zurück und variierten sie zur Europa-Ideologie. Die Paneuropa-Idee, die Mitteleuropa-Idee und die auf sie fussende Europa-Ideologie haben alle die Lüge eines von ihnen erstrebten friedlichen Zusammenlebens der Völker gemein. Sie appellieren an die Sehnsucht aller Völker nach Frieden und echter Aussöhnung und fordern von ihnen die Aufgabe der nationalen Souveränität zugunsten einer nicht existierenden „Nation Europa“. Tatsächlich aber dient die heute propagierte Europa-Ideologie der Verschleierung der Machtansprüche einzelner Monopolgruppen in den westeuropäischen Ländern, die durch die Bildung supranationaler Organisationen einander unter Kontrolle zu bringen suchen. In diesem Kampf haben die westdeutschen Imperialisten durch ihre ökonomische und militärische Machtstellung sowie ihr Bündnis mit den USA bessere Ausgangspositionen und Ergebnisse aufzuweisen als die Konkurrenz in England, Frankreich und Italien. Das wesentlichste Element der Europa-Ideologie aber ist der Antikommunismus, in dessen Namen vor allem wieder der westdeutsche Imperialismus die Verteidigung der „Europäischen Gemeinschaft“, sprich, des kapitalistischen Europas, unter seiner Führung fordert und damit seinen Führungsanspruch begründet.³⁷ Die mit der Europa-Ideologie verbundene These von der Integration Europas, die nach Bonner Wünschen bis zum Ural gehen soll,³⁸ dient der Grossbourgeoisie Westdeutschlands also in mehrfacher Hinsicht. Indem sie ein imaginäres Europa über die Nation erhebt, schafft sie sich ein Alibi für ihren nationalen Verrat. Gleichzeitig appelliert sie an die westeuropäischen Völker, auf eine eigenständige nationale Politik zugunsten imperialistischer supranationaler Gebilde zu verzichten. In einer solchen westeuropäischen Föderation im Gewande des christlichen Abendlandes aber streben die westdeutschen Imperialisten, auf ihre ökonomische und militärische Macht gestützt, wieder nach der Hegemonie. Sie wollen jetzt auf „friedlichem“ Wege ihr Hinterland für die Ostexpansion schaffen, nachdem beide gewaltsamen Versuche nicht zuletzt am Widerstand Russlands bzw. der Sowjetunion gescheitert waren.

Die Europa-Konzeption der westdeutschen Imperialisten richtet sich in erster Linie gegen die sozialistischen Länder, sie bedroht aber gleichzeitig auch die nationale Unabhängigkeit und den Frieden der westeuropäischen Völker, denn der Weg nach Osten führt immer von Wien über Paris und Brüssel.³⁹ Zur Verschleierung dieser Gefahr und Einschläferung des Widerstandes der Völker ist die Europa-Ideologie mehr denn je vom militanten Antikommunismus durchdrungen, den die Bonner Regierung nach dem Vorbild Hitlers wieder zur Staatsdoktrin erhoben hat. Bonn bietet sich heute ebenso wie einst Hitler,⁴⁰ dem kapi-

talistischen Teil Europas und den USA als letztes und zuverlässigstes Bollwerk gegen eine fiktive „kommunistische Bedrohung“ an;⁴¹ Wieder wird, wie einst, die „göttliche Sendung des deutschen Volkes“ als „Retter des Abendlandes“ propagiert.⁴² Diese „kommunistische Bedrohung“ und die Messiasrolle Westdeutschlands dienen dann als Begründung für die militärische Aufrüstung, die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die Forderung nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen und ihren Einsatz.⁴³

Der Doppelcharakter der Bonner Machtpolitik, wie er im Streben nach einem neuen „grossdeutschen Reich“ unter der Flagge der Europa-Politik zum Ausdruck kommt, findet seine Widerspiegelung auch in der Propagandataktik, die bezeichnenderweise psychologische Kriegführung genannt wird. Die Kehrseite der Europa-Ideologie bildet ein ständig anwachsender Chauvinismus, der die westdeutsche Bevölkerung für die Unterstützung der Expansionspläne gewinnen soll. Da das offizielle Bonn heute noch aus taktischen Gründen mehr Gewicht auf die Europa-Variante legt, bleibt die chauvinistische Propaganda vor allem, wenn auch nicht ausschliesslich, den revanchistischen Organisationen und Institutionen vorbehalten, mit denen sich die Bonner Regierung bei jeder Gelegenheit solidarisch erklärt.⁴⁴ Durch den Missbrauch der Losung vom Selbstbestimmungsrecht und angeblichen „Recht auf Heimat“ suchen die Bonner Machthaber sowohl ihre Taktik der kalten Annexion der DDR als auch den Anspruch auf „friedliche“ Rückkehr der ehemaligen Umsiedler in ihre einstmaligen Wohngebiete zu rechtfertigen, die sie mit der Atombombe in der Hand und der NATO im Rücken erpressen wollen. Dann sollen die in Polen und der CSSR anzusiedelnden Menschen erneut als 5. Kolonne und Stützpunkt des deutschen Imperialismus zum Sturz der sozialistischen Ordnung in diesen und anderen Ländern beitragen und das integrierte Europa unter deutscher Vorherrschaft schaffen helfen. Das ist das imperialistische Programm des Exports der Konterrevolution unter dem Vorwand des Selbstbestimmungsrechts. Deshalb kommt den Revanchistenverbänden bei der psychologischen und politisch-ideologischen Vorbereitung des nächsten Kreuzzuges gegen die Slawen im Zeichen des Antikommunismus sowohl innen- wie aussenpolitisch eine grosse Bedeutung zu.

Die deutschsprachige Bevölkerung in der Tschechoslowakei und anderen okkupierten Ländern hatte sich unter dem Einfluss ihrer eigenen Bourgeoisie und Grossgrundbesitzer sowie des deutschen Imperialismus zu einer staatsfeindlichen Minderheit entwickelt, die schliesslich während der Okkupationszeit zu einer unmittelbaren Gefahr für die Existenz dieser Völker geworden war. Deshalb wurde im Potsdamer Abkommen ihre Umsiedlung nach Deutschland und auch Österreich völkerrechtlich verankert. Sie sollte verhindern, dass diese Menschen noch einmal als Nährboden, Vorwand und Werkzeug militaristischer Aggressionspolitik gegen die Völker Mittel-, Ost- und Südosteuropa missbraucht werden konnten. Aus all diesen Gründen bildete ihre Umsiedlung einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Europa und lag deshalb auch im Interesse des deutschen Volkes. Für die verantwortlichen Kräfte in Deutschland nach 1945 aber ergab sich die Aufgabe, zusammen mit der im Potsdamer Abkommen festgelegten Demokratisierung Deutschlands, diese Umsiedler als völlig gleichberechtigte Teile in die friedliebende deutsche Nation einzugliedern.

Während diese Aufgabe auf dem Territorium der DDR innerhalb weniger Jahre gelöst wurde, versuchten die Bonner Machthaber mit Hilfe der landsmannschaftlichen Organisationen und ihrer Einrichtungen die Eingliederung der Umsiedler

in das Sozialgefüge der Bevölkerung zu verhindern. Nachdem sie aber auf wirtschaftlichem Gebiet nicht aufzuhalten war, konzentrierten sie sich auf die bewusstmässige Erhaltung der Umsiedler als Fremdkörper im deutschen Volke. Auf diese Weise wollen sie den „Heimkehrwillen“ der ehem. Umsiedler aufrechterhalten und aktivieren, d. h., die chauvinistische Verhetzung weitertreiben.⁴⁵ Die aussenpolitische Aufgabe der Revanchistenorganisationen besteht vor allem darin, unter Hinweis auf diesen „Heimkehrwillen“ und der Forderung nach Verwirklichung des sog. Selbstbestimmungsrechtes und des fiktiven „Rechts auf Heimat“ den Bonner Revancheplänen die einen wichtigen Bestandteil der grossdeutschen Konzeption bilden, eine völkerrechtliche Grundlage zu verschaffen.⁴⁶ Der Erhaltung dieses Fremdkörperbewusstseins und damit des so sehr benötigten „Heimkehrwillens“ der ehemaligen Umsiedler dient auch die Gesetzgebung des Bonner Staates. Indem sie jene offiziell als „Vertriebene“ bezeichnet, fälscht sie die historisch notwendig gewordene und deshalb berechnete Umsiedlung in einen rechtlosen Willkür- oder Racheakt der slawischen Nachbarvölker oder gar der Kommunisten dieser Länder um und stellt auf diese Weise wieder die Einheit von Revanchismus, Rassismus und Antikommunismus her.⁴⁷ Nach dem „Bundesvertriebenengesetz“ wurde der sog. Vertriebenenstatus, in den bezeichnenderweise auch die „anerkannten politischen Flüchtlinge“ aus der DDR einbezogen werden, für erblich erklärt, um auch in den Kindern und Kindeskindern der ehemaligen Umsiedler, die das Licht der Welt bereits im Bonner Staat erblickten und noch erblicken werden, einen „heimkehrwilligen“ Fremdkörper heranzuziehen.⁴⁸ Das Interesse an einer solchen „Heimkehr“ wird durch eine Entschädigung für den verlorenen Besitz, die für spätere Jahre versprochen und mit dem Umsiedlerstatus verbunden ist, erkaufte. So werden die ehemaligen Umsiedler erneut für die Aggressionsziele des deutschen Imperialismus und Militarismus missbraucht und wird dieser Missbrauch sogar für Generationen geplant, bis „der Westen stark genug“ sein wird, um sie verwirklichen zu können. Für diese Zwecke stehen 29 Landsmannschaften und fast 50 andere sog. Umsiedler- und Flüchtlingsorganisationen zur Verfügung, die seit 1958 im Dachverband „Bund der Vertriebenen“ vereinigt sind,⁴⁹ vom sog. Vertriebenenministerium angeleitet und teilweise finanziert werden, das Brentano als „Ostministerium“ bezeichnet hat,⁵⁰ dessen heute noch weggelassener Zusatz „für die besetzten Gebiete“ bestimmt eingeplant ist. In diesen Landsmannschaften und anderen Organisationen spielen die ehemaligen nazistischen „Volkstumsführer“ aus der sog. Kampfzeit wieder eine führende Rolle.

Die dominierende Stellung unter den westdeutschen Revanchistenverbänden hat zweifellos die Sudetendeutsche Landsmannschaft. In ihren Führungsgremien sitzen die eingefleischten Feinde der Tschechoslowakei von den ehemaligen Henkeinfaschisten über die Christlich-Sozialen und Landbündler bis zu den rechten Sozialdemokraten. Die Führer der Landsmannschaft arbeiten auch mit Kreisen der reaktionären tschechischen und slowakischen Emigration zusammen, die sich 1948 der Verantwortung dafür entzogen, dass sie ihr Land wieder dem Imperialismus ausliefern wollten. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft verfügt durch ihren Sprecher Seebohm, der niemals tschechoslowakischer Staatsbürger war aber nach der Okkupation durch „Arisierung“ seinen Industriebesitz auf dem Territorium der CSSR vergrösserte, über direkte Beziehungen zur Bonner Regierung. Zwischen beiden herrscht eine klare Arbeitsteilung. Während die Bundesregierung mit Rücksicht auf ihre Verbündeten und das internationale Kräfte-

verhältnis noch nicht ihr revanchistisches Maximalprogramm verkünden kann, und offiziell „nur“ die Grenzen von 1937 fordert,⁵¹ verlangen die sudetendeutschen Revanchisten unter Berufung auf das völkerrechtswidrige Münchener Diktat,⁵² die „Rückgliederung“ der Grenzgebiete sowie der Eingliederung ganz Böhmens und Mährens in ein integriertes Europa,⁵³ das natürlich vom deutschen Imperialismus beherrscht werden soll. Dabei verbinden sie diese Forderung mit dem Kampf gegen den Kommunismus, mit nationalistischer und auch rassistischer Demagogie.⁵⁴ „Von einer von Kommunisten befreiten Tschechoslowakei“, so schrieb der Bonner „Generalanzeiger“ am 11. Juni 1957, „erwarten die Sudetendeutschen eine Aufwertung des Münchener Abkommens, durch das im Herbst 1938 das Sudetenland an Deutschland gekommen ist. Die Grenzen von 1937 sind also für die Sudetendeutschen nicht massgebend“. Am 31. 10. 1958 bedauerte die Hamburger „Welt“, dass die Bonner Regierung „auf solchem Maximalprogramm nicht aufbauen“ könne, weil sie „den mühseligen und verantwortungsvollen Auftrag“ hat, „unsere Verständigung und Friedfertigkeit nach dem Osten immer wieder zu beweisen“. Die enge Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und der Sudetendeutschen Landsmannschaft wird auch immer wieder deutlich bei den revanchistischen Aufmärschen, die Bonn als sog. vox populi in „demokratischer“ Weise ein Alibi zur Torpedierung aller Entspannungstendenzen liefern sollen.

Die ideologische Zentrale der Sudetendeutschen Landsmannschaft ist der Witiko-Bund, der auch eine führende Rolle in der gesamten revanchistischen Bewegung spielt. Hier ist wieder die alte Garde der SdP-Führung versammelt, um nach ihren eigenen Worten in Westdeutschland „auf grund ihrer gemeinsamen Vergangenheit ein gemeinsames Ziel anzustreben“.⁵⁵ Diese ehem. SdP-Führer hatten die Okkupation der ČSR vorbereiten helfen und sich dann als Staats- oder Parteifunktionäre im sog. Sudetengau, in der Protektoratsverwaltung oder im slowakischen Staatsapparat aktiv an der Unterdrückung des tschechischen und slowakischen Volkes beteiligt. Sie haben den Witiko-Bund nach dem Muster des ehem. Kameradschaftsbundes aufgebaut, mit dessen Hilfe viele von ihnen in den dreissiger Jahren im Endeffekt alle deutschen bürgerlichen Parteien und Organisationen in der ČSR in den Dienst der Nazis gestellt hatten. Auch heute sitzen sie wieder in den Leitungen wirtschaftlicher und politischer Organisationen, um sie zu lenken. Sie haben ihre Vertrauensleute im Staatsapparat, besonders im Erziehungswesen und in vielen Propagandaeinrichtungen, um so die revanchistische Ideologie über die Umsiedler hinaus an weite Kreise der westdeutschen Bevölkerung und des westlichen Auslands heranzutragen.

Die revanchistische Propaganda beruht weitgehend auf Geschichtsfälschungen, wobei sich die ganze Skala der Verleumdungen, Erfindungen und Verdrehungen wiederfindet, die die imperialistische sog. Ostforschung in bezug auf die deutsch-slawischen Beziehungen hervorgebracht hat. Im gewissen Sinn neu ist ihre „christlich-abendländische“ Verbrämung und der militante Antikommunismus, der sich mit dem Sieg der sozialistischen Gesellschaftsordnung in den slawischen Ländern mehr und mehr in dieser Ideologie durchsetzte. Diese Tendenzen bestimmen auch das sog. 20-Punkte-Programm der Sudetendeutschen Landsmannschaft vom Mai 1961, das sozusagen die Grundsatzerklärung der revanchistischen Geschichtsfälschung darstellt. Darin wird, wie in der gesamten revanchistischen Propaganda, das „Recht auf Heimat“ mit dem Recht des deutschen Volkes auf nationale Selbstbestimmung gekoppelt bzw. als dessen Ergebnis dargestellt. Dieser Begriff des

Selbstbestimmungsrechtes ist aber eine Fälschung. Dazu schreibt der bekannte Berliner Völkerrechtler P. A. Steiniger;

„Das Völkerrecht unserer Tage kennt generell nur ein auf einen *friedliebenden* Staat gerichtetes Selbstbestimmungsrecht und die Rechtmässigkeit *friedliebender* Staaten, wie sie sich insbesondere aus Art. 4 der UNO-Charta ergibt, und wie es speziell für Deutschland im Potsdamer Abkommen und den Vordokumenten der Antihitlerkoalition sowie dem erwähnten Art. 107 der UNO-Charta ausdrücklich festgelegt wurde. Ein deutscher Staat aber, der die alten Aggressionsbasen von den der militaristischen deutschen Aggression immer wieder ausgesetzt gewesenem Völkern zurückverlangt oder gar die Sanktionierung der Raubaktionen des deutschen Faschismus zur Erweiterung dieser Aggressionsbasis fordert, muss natürlich als das Gegenteil von „friedliebend“ charakterisiert werden, als ein neues militaristisches Raubregime, gleichviel mit welchen zarten oder groben Mitteln das ‚Einverständnis‘ der betroffenen Staaten diplomatisch erpresst, ökonomisch ergaunert oder militärisch erzwungen werden soll . . . Nur innerhalb seiner Friedensgrenzen ist dem deutschen Volk das Recht auf einen *friedliebenden* Staat als Inhalt seines nationalen Selbstbestimmungsrechtes gewährleistet . . .“⁵⁶

Die Expansionspolitik des deutschen Imperialismus und Militarismus ist abenteuerlich, weshalb sie beide Male gesetzmässig scheitern musste. Sie ist, auch im Bunde mit den Westmächten und besonders mit den USA betrieben, angesichts des internationalen Kräfteverhältnisses und der Geschlossenheit der Staaten des Warschauer Vertrages erneut zum Scheitern verurteilt. Das wurde zuletzt durch die in Berlin am 13. August 1961 von der DDR in Übereinstimmung mit den Staaten des Warschauer Paktes durchgeführten Schutzmassnahmen bestätigt.

Die Westmächte hatten mit aktiver Unterstützung der deutschen Grossbourgeoisie und ihrer reaktionären Politiker schon im Jahre 1948 Berlin gespalten.⁵⁷ Systematisch bauten sie gemeinsam mit den Bonner Machthabern Westberlin zum Brückenkopf des Kalten Krieges inmitten des sozialistischen Lagers aus.⁵⁸ So wurde Westberlin unter Missbrauch der von der UdSSR und der DDR den Westmächten zugestandenen Versorgungswege und der durch das Viermächtestatut geöffneten Grenzen zur DDR ein

„Sprungbrett für eine verstärkte Spionage-, Diversions- und sonstige Wühlätigkeit gegen die sozialistischen Länder, gegen die DDR und die UdSSR . . . oder, um mit den Worten der führenden Politiker der USA-Regierung zu sprechen, Sprungbrett für eine ‚indirekte Aggression‘ gegen das Lager der sozialistischen Länder.“⁵⁹

Westberlin war das Organisationszentrum für den ersten Versuch, am 17. Juni 1953 die DDR aufzurollen. Schon 1952 hatte sich hier für den „Tag X“ der Stab zur Aufteilung der Beute an die grossen Konzerne etabliert.⁶⁰ Im Herbst 1961 wollten die Bonner Ultras erneut einen Versuch zur Okkupation der DDR unternehmen.⁶¹ Deshalb wurde im Sommer 1961 die von Westberlin ausgehende Störtätigkeit verstärkt, um nach dem Beispiel Ungarn in der DDR einen Aufstand auszulösen, der der Bundeswehr als Vorwand zum Einmarsch dienen und ernsthaften Widerstand verhindern sollte.⁶²

Die Errichtung des antifaschistischen Schutzwalles in Berlin schloss die bis dahin offene Grenze der DDR und durchkreuzte so die Pläne der Bonner Ultras, mit Hilfe des vorgeschobenen NATO-Brückenkopfes Westberlin entsprechend dem „Outline“-Plan die DDR zu okkupieren. Sie demonstrierte vor aller Welt die Wandlung des Kräfteverhältnisses in der Welt und auch in Deutschland zugunsten

der Friedenskräfte. Die Politik der Stärke war bankrott. Deshalb begann nach dem 13. August 1961 in der westlichen Welt der Prozess des grossen Umdenkens. Immer stärker mehrten sich die Stimmen für die Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten und für die friedliche Lösung der deutschen Frage auf der Grundlage eines Friedensvertrages mit beiden Staaten.⁶³ Sie nähern sich damit jenen Prinzipien, die den unzähligen Verhandlungsvorschlägen der UdSSR und DDR zugrundeliegen und auch von den anderen sozialistischen und vielen neutralen Staaten unterstützt werden. Die deutschen Imperialisten und Militaristen haben sich noch nie durch die Fähigkeit ausgezeichnet, richtige Lehren aus der Geschichte zu ziehen und die Grenzen ihrer Macht zu erkennen. So antworteten sie auch auf die Massnahmen vom 13. August 1961 mit der Forderung an die Westmächte, Mut zum „letzten Risiko“, d. h. zum Atomkrieg gegen das sozialistische Lager aufzubringen.⁶⁴ Dabei liessen auch die Landsmannschaften ihre bisher so stark betonte Propagandathese von einer „Rückkehr in die Heimat auf friedlichem Wege“ fallen. Sie machten die Forderung nach gewaltsamer Beseitigung oder zumindest „Durchlöcherung“ der Mauer als erste Voraussetzung für die Revision der Grenzen zum Angelpunkt ihrer verstärkten Hetzpropaganda.⁶⁵ Von der Bonner Regierung unterstützt, suchten die Landsmannschaften durch Kundgebung aller Art als „Stimme des deutschen Volkes“ den Tendenzen zur Verständigung bei den Bündnispartnern und im Lande entgegenzuwirken.⁶⁶ Sie schufen in den ihrem Einfluss unterliegenden Umsiedlerkreisen eine Pogromstimmung gegen diejenigen, die der Vernunft zum Durchbruch verhelfen wollen.

Währenddessen verstärkten die Bonner Machthaber ihren Kampf für die eigene Verfügungsgewalt über Atomwaffen, um so doch noch ihre alten Expansionsziele verwirklichen zu können.⁶⁷ Dabei nutzten sie skrupellos die sich immer mehr verschärfenden Gegensätze im NATO-Lager aus, um weitere Zugeständnisse zu erpressen. So erleben wir, wie schon in den dreissiger Jahren, wieder das ebenso traurige wie gefährliche Schauspiel des Liebenswerbens der Westmächte um die Partnerschaft des deutschen Imperialismus. Hierbei geht es im Kern für Bonn nicht um die oft im Vordergrund stehenden ökonomischen Probleme, sondern um seine Beteiligung an der Entscheidungsgewalt über die NATO-Atomwaffen, wenn möglich sogar über eigene Atombomben und damit letztlich um die Vormachtstellung in der NATO.

Einig im Kampf um die Verwirklichung der alten Eroberungsziele trotz der Niederlage vom 13. August 1961, spalteten sich die Bonner Ultras in zwei Fraktionen, die unterschiedliche Wege zu diesem Ziel beschreiten wollen. Die Gruppe um Adenauer will die alte starre Machtpolitik der Stärke und des Kalten Krieges weiterführen. Sie lehnt die von den USA geforderte „Flexibilität“ in der Aussenpolitik ab und setzt auf ein enges Bündnis mit dem gleichgesinnten De Gaulle, um mit seiner Hilfe eine eigene von den USA unabhängige Atomstreitmacht aufzubauen und den USA ihre Politik aufzuzwingen. Dabei bedient sie sich der Revanchistenführer als Sprachrohr.⁶⁸ Die andere Gruppe um Ehrhardt und Schröder tritt für ein noch engeres Bündnis mit den USA ein, als deren Kaufpreis sie von den USA Bonns Beteiligung am atomaren Abzughebel verlangt. Aus der richtigen Erkenntnis, dass die Okkupation der DDR an der Geschlossenheit der Staaten des Warschauer Vertrages scheitern wird, ziehen sie den falschen Schluss, durch eine elastischere Politik gegenüber Polen und der Tschechoslowakei diese Einheit unterhöhlen zu können. Für den Preis offizieller wirtschaftlicher, diplomatischer und kultureller Beziehungen besonders zu Polen und der Tschechoslowakei wollen sie

die UdSSR und DDR isolieren.⁶⁹ Das auf diese Weise aufgesplitterte sozialistische Lager soll dann von Bonn, das inzwischen seinen Finger an den atomaren Abzugshebel gelegt hat, mit Unterstützung der NATO-Partner schrittweise liquidiert werden.⁷⁰ So versucht die westdeutsche Grossbourgeoisie auf verschiedenen Wegen ihre am 13. August 1961 gescheiterte Politik der Stärke weiterzuführen und ihre Eroberungsziele zu verwirklichen. Verbissen wendet sie sich deshalb gegen alle Vorschläge und Gespräche über den Abschluss eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten, für die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Europa und für das Verbot der Kernwaffen. Als Antwort darauf verstärkt sie ständig ihre Bemühungen um das atomare Wettrüsten und den Druck auf die Westmächte durch eine verstärkte antikommunistische Hetze in Verbindung mit ständigen Provokationen am antifaschistischen Schutzwall in Berlin.⁷¹ So bildet Westberlin nach wie vor durch die Politik der Bonner Ultras und ihre Duldung durch die Westmächte die Lunte am Pulverfass.

Die deutsche Grossbourgeoisie hat mit Billigung und Unterstützung der Westmächte Westdeutschland zu einer Aggressionsbasis gegen den europäischen Frieden ausgebaut und das zum dritten Mal in der deutschen Geschichte. Wir erleben hier den alten Versuch mit neuen Mitteln, Westeuropa unter der Hegemonie der Bundesrepublik zusammenzuschliessen als Voraussetzung für eine erfolgreiche Ostexpansion. Deshalb feiert alles, was in dieser Hinsicht vor 1914, in der Weimarer Republik und unter der faschistischen Diktatur zu verzeichnen war, seine unheimliche Auferstehung in der aggressiven Europa-Ideologie, die in sich die alte Mitteleuropa- und die grossdeutsche Konzeption vereinigt. Darin liegt die grosse Gefahr für die deutsche Nation, auf deren Territorium sich ein verheerender Atomkrieg abspielen würde. Es ist deshalb höchste Zeit, den aggressiven Kräften in Westdeutschland das Handwerk zu legen. Das sozialistische Lager hat in der gemeinsamen Erklärung der Regierungen der DDR der Volksrepublik Polen, der UdSSR und der ČSSR vom 10. Oktober 1960 den Weg zu diesem Ziel gewiesen.⁷² Er führt über den Abschluss eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und auf dieser Basis zur Umwandlung Westberlins in eine freie und entmilitarisierte Stadt. In der o. g. Erklärung werden die Völker und Regierungen, nicht zuletzt die Bevölkerung Westdeutschlands, aufgerufen, die grosse Gefahr zu erkennen und an ihrer Bannung gemeinsam zu arbeiten.

„Zweimal musste der deutsche Militarismus von aussen geschlagen werden, nachdem er die Welt in Brand gesteckt hatte. Heute geht es darum, den Militarismus von innen zu schlagen, bevor er die Welt erneut in die Kriegskatastrophe treiben kann. Darin besteht die grosse historische Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden Deutschen.“⁷³

(Beendet im Juni 1963)

Fussnoten

¹ W. I. Lenin: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 257.

² Vgl. hierzu die Zeugenaussage des ehem. Reichskriegsministers v. Blomberg vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, nach der die deutschen Militaristen schon seit 1919 einen Krieg für die Wiedereroberung der verlorenen Gebiete als „eine heilige Pflicht“ betrachteten. (Internationaler Militärgerichtshof, Nürnberg, Bd. XXXII, Nürnberg 1947, S. 464).

³ Fr. Naumann: Mitteleuropa, Berlin 1916, S. 86.

⁴ Vgl. Z. Jindra: Der Plan der deutschen Hegemonie in Mitteleuropa, in: Beiträge zur neuesten Geschichte der mitteleuropäischen Völker, Prag 1960, S. 19 ff.

⁵ Vgl. H. Barthe: Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, in: Deutsche Aussenpolitik, Berlin, Nr. 11/1960. Der Versuch, 1931 durch eine Zollunion mit Österreich das Tor nach Südosteuropa zu öffnen und Deutschlands Stellung in Mitteleuropa zu stärken, scheiterte noch am Widerstand vor allem Frankreichs und der Tschechoslowakei.

⁶ Am 16. Juni 1937 schrieb z. B. der „Völkische Beobachter“: „Wiederum ist heute Europa aus dem Osten bedroht. In diesem Kampf um die gemeinsame Existenz aber müssen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft zurücktreten und muss die Pflicht lebendig werden, die gemeinsame Front zu bilden gegen den roten Weltfeind, den einzigen Erbfeind, den die europäischen Völker wirklich haben“.

⁷ Nach einem Bericht des polnischen Botschafters in Washington erklärte diesem der USA-Botschafter Bullitt im November 1938: „Es würde der Wunsch der demokratischen Staaten sein, dass es dort im Osten zu kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Reich und Russland kommt.“ Dabei „könnte es sein, dass . . . Deutschland . . . zu einem langen und schwächenden Krieg verurteilt werde. Dann erst würden die demokratischen Staaten, wie Bullitt meint, Deutschland attackieren und zu einer Kapitulation zwingen.“ (M. Freund: Geschichte des zweiten Weltkrieges in Dokumenten, Bd. I, Freiburg/München 1953, S. 355).

⁸ Vgl. H. König: Der Weg nach München, Berlin 1958, S. 38 ff.

⁹ Vgl. ebenda und G. Fuchs: Gegen Hitler und Henlein, Berlin 1961.

¹⁰ Vgl. „Die Vergangenheit warnt — Dokumente über die Germanisierung- und Austilgungspolitik der Naziokkupanten in der Tschechoslowakei“, Prag 1960.

¹¹ Ebenda, S. 27 ff.

¹² Ebenda, S. 44, 96, 98.

¹³ Vgl. Erklärung der Beratung von Vertretern der Kommunistischen und Arbeiterparteien . . . vom November 1960 in Moskau.

¹⁴ Am 1. April 1945 schrieb der damalige britische Premierminister Churchill an Roosevelt angesichts des Vormarsches der Sowjetarmeen in Mitteleuropa und der damit verbundenen Befreiung der dort lebenden Völker: „Es ist daher meine Meinung, dass wir vom politischen Standpunkt aus so weit wie nur möglich nach dem Osten Deutschlands vormarschieren und Berlin unbedingt nehmen müssen“. (W. S. Churchill: Der zweite Weltkrieg, Bd. 6, Stuttgart 1953, S. 144).

¹⁵ Am 4. Mai 1945 forderte Churchill Aussenminister Eden zur Erpressung der Sowjetunion durch Vertragsbruch auf: „Wir haben verschiedene vorteilhafte Trümpfe in unserer Hand . . . Erstens sollen sich die Alliierten nicht von ihren gegenwärtigen Stellungen auf die Demarkationslinie zurückziehen, solange wir nicht befriedigt sind bezüglich Polens und bezüglich des temporären Charakters der russischen Besetzung Deutschlands und der Bedingungen, die in den russifizierten oder russisch kontrollierten Ländern im Donauraum, besonders in Österreich, der Tschechoslowakei und den Balkanländern, geschaffen wurden.“ (Zitiert in: W. Ulbricht: Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I, Berlin 1955, S. 92.)

¹⁶ Harry Hopkins, einer der engsten Mitarbeiter Roosevelts, gab freimütig zu: „Jeder, der etwas davon versteht, weiss, dass wir Berlin genommen hätten, wenn wir dazu in der Lage gewesen wären.“ (R. E. Sherwood: Roosevelt und Hopkins, Hamburg 1950, S. 726.)

¹⁷ „Zur Geschichte der Kommunistischen Partei Deutschlands“, Berlin 1955, S. 434—435.

¹⁸ Am 24. Januar 1957 erklärte im Hessischen Rundfunk H. v. Brentano, damals Bonner Aussenminister und heute Vorsitzender der CDU-Bundestagsfraktion: „Die deutsche Aussenpolitik hat sich nicht gewandelt, sie hatte keinen Grund sich zu wandeln.“ (Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 25. I. 1957, im folgenden „Bulletin“ genannt.)

¹⁹ Im Mai 1945, dem Augenblick der vollständigen militärischen Niederlage, formulierte Hitlers Nachfolger, der Kriegsverbrecher Dönitz, die einzuschlagende Taktik: „Was sie mit uns tun werden, wissen wir nicht, hingegen wissen wir sehr gut, was wir tun werden. Gebiete, die tausend Jahre lang deutsch waren, fallen nun in russische Hände. Die politische Linie, die wir verfolgen, ist deshalb sehr einfach. Es ist klar, dass wir von nun an mit den Westmächten gehen und mit ihnen in den okkupierten Gebieten im Westen zusammenarbeiten müssen, denn ausschliesslich auf Grund der Zusammenarbeit mit ihnen können wir hoffen, später unser Land von den Russen zurückzugewinnen.“ (Zitiert in Wheeler-Bennett: Die Nemesis der Macht, Düsseldorf 1954, S. 722.)

²⁰ „Wir gehören zum Westen. Die Ideale des Westens sind auch die unsrigen. Die Lebensform des Westens ist auch unsere eigene. Und diese Freiheit und diese Lebensform wollen wir unter allen Umständen für uns und unsere Kinder bewahren und retten.“ gestand Adenauer am 13. April 1951 in Paris. (Zitiert in: Dokumentation der Zeit, Berlin, Nr. 148/1957, S. 85, weiterhin als DdZ angeführt.)

²¹ Von den 400 Offizieren und Unteroffizieren der 15 NATO-Länder stellt Bonn allein ein Achtel, das sind je 50. Viele von ihnen bekleiden höchste Posten, wie die Nazigeneräle Heusinger, seit 1961 Vorsitzender des Ständigen Militärausschusses der NATO in Washington, und Speidel, 1957 bis 1963 Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte Europa-Mitte. (Bericht in: „Neue Zeit“, Moskau, 31. 10. 1962.)

²² Das Sprachrohr der aggressivsten Kreise des westdeutschen Imperialismus, „Nation Europa“, Coburg, gab in ihrer Ausgabe Nr. 6/1953 diese Zielsetzung preis: „In dem erstrebten vereinigten Europa wird Deutschland wegen seiner Volkszahl, seiner Wirtschaftskraft und der Lage des Landes in der Mitte Europas eine erstrangige Stellung einnehmen, was sich mit einer territorialen Minderung Deutschlands nicht verträgt.“

²³ Unmittelbar nach seiner 2. Regierungsbildung erklärte Adenauer am 7. September 1953 auf einer öffentlichen Kundgebung in Bonn, man solle jetzt nicht mehr von der Wiedervereinigung, sondern nur noch von der „Befreiung der Ostzone“ sprechen. (Die Neue Zeitung, Westberlin, 8. 9. 1953.) Vgl. A. Martin: Der Bonner Revanchismus im Lichte des Völkerrechts in: Deutsche Aussenpolitik, Berlin, Nr. 11, 1959 u. 1, 1960.

²⁴ Schon in der ersten Regierungsklärung Adenauers hiess es: „Die Bundesrepublik Deutschland ist... die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes...“ (1. Deutscher Bundestag, Bonn, 21. 10. 1949.)

²⁵ Am 13. Juni 1956 schrieb der jetzige Bonner Aussenminister Schröder im Kölner „Industrie-Kurier“: „Die Bundesrepublik ist Deutschland. Alles andere deutsche Gebiet ist uns entzogenes, sondern vorenthaltenes Territorium, das zurückgliedert werden muss.“

²⁶ Am 1. März 1952 erklärte Adenauer: „... ich danke mir die Entwicklung folgendermassen: Wenn der Westen stärker ist als Sowjetrussland, dann ist der Tag der Verhandlung mit Sowjetrussland gekommen.“ (Bulletin, 4. 3. 1952.) In seinem Buch „Grenzen des Wunders“, das mit einem zustimmenden Vorwort des gestürzten Kriegsministers Strauss in Westdeutschland herausgebracht wurde, schrieb W. Schlamm: „Die ungeheuerliche Essenz des Konfliktes zwischen dem Kommunismus und dem Westen ist es, dass der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert. Also wird es, wenn es auf die Kommunisten ankommt, keinen Krieg geben... Aber der Westen muss, wenn er am Leben bleiben will, glaubhaft entschlossen sein, Krieg zu führen.“ (Zitiert in DdZ, Nr. 248, 1961, S. 36.)

²⁷ Die bereits zitierte neofaschistische Zeitschrift „Nation Europa“ schrieb in ihrer Ausgabe Nr. 3, 1959: „Wir müssen verstehen lernen, dass das Schwert der Freiheit totes Metall bleibt, solange man es ängstlich in der Scheide verbirgt. Heute fehlt nur noch der Mut, es entschlossen zu ziehen.“

²⁸ In dem „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den drei Mächten“ wird im Art. 7, Abs. 2, als gemeinsames Ziel der Vertragschliessenden festgelegt: „Ein wiedervereinigtes Deutschland, das eine freiheitlich-demokratische Verfassung, ähnlich wie die Bundesrepublik, besitzt, und das in die europäische Gemeinschaft integriert ist.“ (Zitiert in H. Brandweiner: Die Pariser Verträge, Berlin 1955, S. 62.)

²⁹ Am 5. 3. 1952 bezeichnete Adenauer als sein Ziel, „nicht nur die Sowjetzone, sondern das ganze versklavte Europa östlich des Eisernen Vorhangs zu befreien.“ (Bulletin, 6. 3. 1952.)

³⁰ Unter der Überschrift „Begrenzter Krieg — konventionelle Waffen“ schrieben die westdeutschen „Wehrtechnischen Monatshefte“ im Oktober 1959: „Man spricht in diesem Zusammenhang gerne von einem begrenzten Krieg... Dass dabei der Bundeswehr eine besonders wichtige Aufgabe zufällt, ergibt sich einmal aus unserer strategischen Lage und nicht zuletzt aus den grossen Erfahrungen, die wir im Kampf zu Lande mit dem östlichen Gegner haben.“

³¹ In der Denkschrift des Führungsstabes der Bundeswehr vom 19. August 1960 wird die Sowjetunion als „der einzig mögliche Gegner“ bezeichnet, gegen den sich die gesamte militärische Planung zu richten habe. (DdZ, Nr. 223, 1960, S. 16 ff.)

³² Vgl. „Die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik und die Zukunft Deutschlands“ in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, Nr. 4, 1962.

³³ Im Schulungsmaterial für die Bonner Marineschulen heisst es über die Traditionen des westdeutschen Staates: „Selbstverständlich muss und soll das neue Gebäude auf den Fundamenten der Vergangenheit errichtet werden... Wenn wir aus diesen Erfahrungen Nutzen ziehen wollen, ist es zunächst einmal notwendig, den Nationalsozialismus und das Geschehen um das Dritte Reich als ein Stück unserer deutschen Geschichte anzuerkennen... Bei allen Fehlern die gemacht wurden, war doch vieles so vorbildlich... dass man es nur als gute Erfahrung mit in die Zukunft nehmen kann.“ (Zitiert in DdZ, Nr. 141, 1957, S. 87—88.) — Auch das reaktionäre und aggressive Preussentum gehört zu den Traditionen des Bonner Staates. So schrieb die Heidelberger „Geopolitik“ im Januar 1953: „Es ist an der Zeit, von der

Idee Preussen zu reden . . . Preussen ist wie die Vereinigten Staaten von Amerika eine bewusste Schöpfung, national geplant, weitschauend entwickelt und kraftvoll verwirklicht.“

³⁴ Vgl. Fussnote 32.

³⁵ Zitiert in DdZ, Nr. 224, 1950, S. 25.

³⁶ „Die Politik des Friedens und der Freundschaft zur Sowjetunion findet ihre Ergänzung im Verhältnis zu den Volkdemokratien, vor allem mit unseren Nachbarn, dem neuen Polen und der Tschechoslowakischen Republik, sowie mit allen friedliebenden Völkern.“ (Aus der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten O. Grotewohl vom 12. Oktober 1949, in: Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. I, Berlin 1954, S. 29.)

³⁷ Die neofaschistische Zeitschrift „Nation Europa“ begründete die Hegemoniebestrebungen Bonns wie folgt: „Die Geographie diktiert, dass Deutschland nicht nur der strategische Angelpunkt Europas ist, sondern dass, wie die Dinge heute liegen, seine westliche Hälfte die einzige verbliebene Bastion gegen Russland ist. Darum muss die Verteidigung Europas um sie herum aufgebaut werden, und sie wird niemals voll gewährleistet sein, bis die beiden Hälften Deutschlands wieder vereint sind. Was bedeutet das taktisch? Es bedeutet, dass die deutsche Armee wieder einmal die mächtigste Europas sein muss.“ (Zitiert in DdZ, Nr. 55, 1952, S. 3203.)

³⁸ Im März 1952 bestätigte der damalige Staatssekretär im Bonner Auswärtigen Amt und spätere Präsident der EWG, Hallstein, dass die Bonner Wünsche auf eine „Integration Europas bis zum Ural“ hinauslaufen. (General-Anzeiger, Bonn, 17. 3. 1952.)

³⁹ Auf dem Parteitag der Österreichischen Volkspartei 1952 in Salzburg erklärte der verstorbene Bonner Minister Kaiser: „Ein wahres Europa kann nur gebildet werden, wenn die deutsche Einheit wiederhergestellt wird. Sie umfasst, ich erinnere Sie daran, ausser Deutschland auch Österreich, einen Teil der Schweiz, die Saar und Elsass-Lothringen.“ (Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 26. 1. 1952.)

Das ist die konkretere aber noch lange nicht erschöpfende Darlegung der Schröderschen Formulierung über die „Wiederherstellung Deutschlands in seiner traditionellen Gestalt“. (Vgl. Zitat S. 88) in bezug auf den Westen.

Die 1961 in Südtirol organisierten chauvinistischen Umtriebe der Bonner Revanchisten unter der Forderung nach „Selbstbestimmungsrecht“ der „unterdrückten Deutschen“ zeigten, dass Bonn mit den gleichen Hitler-Methoden sowohl gegen die sozialistischen als auch die verbündeten Nachbarländer arbeitet. (DdZ, Nr. 250, 1961, S. 17 ff.)

⁴⁰ Vgl. Fussnote 6.

⁴¹ Der ehem. Bonner Minister Hellwege erklärte am 30. 5. 1953: „Deutschland war immer ein Bollwerk gegen Asien — die Stunde höchster Bewährung ist gekommen. Damit wir sie bestehen können, brauchen wir den starken Arm einer Wehrkraft.“ (Nordwest-Zeitung, Oldenburg, 1. 6. 1953.)

⁴² In einer Audienz beim Papst äusserte Adenauer am 22. 1. 1960: „Ich glaube, dass Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläufen eine besondere Aufgabe gegeben hat: Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die von Osten auf uns einwirken.“ (Bulletin, 23. 1. 1960.)

⁴³ Am 10. Juli 1955 erklärte Brentano auf der Tausendjahrfeier der Schlacht auf dem Lechfelde in Augsburg: „Damals standen vor den Toren des Abendlandes, vor den Toren dieser Stadt . . . die heidnischen Nomadenscharen des Ostens; Verderben und Untergang drohten. Jetzt stehen wiederum, nicht sehr viel weiter von dieser Stadt entfernt, die Massen des Ostens, und wiederum sehen wir der Gefahr ins Auge, dass das Abendland von ihnen überrannt wird . . . ist die Gefahr noch gewaltiger als damals. Denn nicht vereinzelte Nomadenherden sind es jetzt . . ., sondern ein Block von der Grösse eines Erdteils, wohl organisiert und gegliedert . . .“ Als Mittel „zur Abwendung der Gefahr“ forderte Brentano: „Die Herstellung der starken eigenen Verteidigungskraft. Das ist auch der Weg, den insbesondere die Bundesrepublik beschritten hat . . .“ (Zitiert in „Frankfurter Rundschau, Frankfurt/M. 25. 7. 1955.)

⁴⁴ Am 28. August 1948 erklärte Adenauer vor dem Forum seiner Partei: „Wir wollen es den Ostvertriebenen sagen, dass wir den Anspruch auf die Rückgabe ihrer Heimat als ein göttliches Recht niemals preisgeben werden.“ (Der Tag, Westberlin, 29. 8. 1948.)

⁴⁵ 1951 erklärte Verkehrsminister Seeborn auf dem Parteitag der FDP: „Wir sollten uns klar sein, dass wir wachsen müssen im Raum, dass wir das europäische Bewusstsein, das unsere Väter und Vorväter in der Erfüllung ihrer imperialen Aufgaben hatten, aus einer ganz neuen und aus einer fruchtbareren Einstellung wahrscheinlich wiedergewinnen müssen.“ (Deutsche Stimmen, Hannover, Nr. 61, 1951.)

⁴⁶ Staatssekretär Thedieck über die Aufgaben der sog. Landsmannschaften: „Grundfalsch wäre es, die Landsmannschaften nur als eine Art von Heimatersetz der vertriebenen Ostdeutschen zu werten. Die wesentliche Aufgabe der Landsmannschaften und den tiefsten Sinn

im Zusammenwirken mit allen Stämmen und Gliedern unseres Volkes sehen wir in der Wieder-gewinnung des deutschen Ostens.“ (Bulletin, 23. 9. 1952.)

⁴⁷ Ein typisches Beispiel dafür ist der Aufsatz von Brügel: „Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakii“ in: Vierteljahrshäfte für Zeitgeschichte, München, Nr. 2, 1960.

⁴⁸ Staatssekretär Nahm vom sog. Vertriebenenministerium: „Die Rechtsansprüche eines jeden deutschen Vertriebenen auf seine Heimat und seinen Besitz gehen automatisch auf die Kinder über, selbst wenn diese Kinder erst in der Bundesrepublik geboren wurden und somit die Heimat ihrer Familien nie gesehen haben.“ (Ostpreussenblatt, 16. 4. 1955.)

⁴⁹ Vgl. DdZ, Nr. 250, 1961, S. 2.

⁵⁰ Protokoll des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode, 6. Sitzung, Bonn 1. 9. 1949.

⁵¹ Auf dem Bundestreffen der Landsmannschaft Westpreussen am 2. und 3. Juli 1960 ent-hüllte Staatssekretär Thedieck: „Aus dem Kreis der Landsmannschaften wird manchmal ge-tadelt oder zumindest bedauert, dass die offizielle Politik der Bundesregierung von den Grenzen von 1937 ausgeht und mithin die Belange der Heimatvertriebenen aus den jenseits dieser Reichsgrenzen liegenden Vertreibungsgebieten nicht ausdrücklich wahrnehme. Hierzu ist fest-zustellen, dass sich die amtliche Politik bestimmter staats- und völkerrechtlicher Argumente bedienen muss, um ihre Ziele zu erreichen.“ (Zitiert in DdZ, Nr. 250, 1961, S. 7.)

⁵² Auf dem „Sudetendeutschen Tag“ 1959 in Wien erklärte der damalige Sprecher der Su-detendeutschen Landsmannschaft, Lodgman von Auen, entgegen der historischen Wahrheit: „So wie 1919 die Sudetengebiete völkerrechtlich tschechoslowakisches Staatsgebiet wurden, so sind sie 1938 völkerrechtlich deutsches Reichsgebiet geworden. Durch die Niederlage des Deutschen Reiches 1945 wurden neue Tatsachen geschaffen, die wiederum nur durch Tatsa-chen geändert werden können.“ (Sudetendeutsche Zeitung, München, 23. 5. 1959.)

⁵³ Auf dem „Sudetendeutschen Tag 1955“ in Nürnberg wurde folgende Lösung ausgegeben: „Nach wie vor muss das Ziel ein Zusammenschluss Europas sein und bleiben. Der süd-ost-deutsche Raum, der ausserhalb der Grenzen von 1937 liegt, wird einen Teil dieses Europas zu bilden haben, und wir werden ihn als besonderes Problem betrachten müssen.“ (Der Su-detendeutsche, München, 1. 12. 1956.)

⁵⁴ Einer der führenden Ideologen des sudetendeutschen Revanchismus schrieb mit erfreu-licher Offenheit: „Vielleicht wird es einmal noch so kommen, dass die Tschechen von den Deutschen befreit werden . . . Unsere Ausschaltung hat die Tschechen nicht nur um ihre besten Brücken zum Westen gebracht, sondern sie recht eigentlich aus dem Abendland ausgeschieden und damit dem Osten verpflichtet. Wie vor 1000 Jahren, so kann wohl auch heute nur über die Deutschen und gerade über uns Sudetendeutsche, der Sudetenraum dem Abendland zurück-gegeben werden.“ (E. Lehmann: Wir Sudetendeutsche, Dortmund 1952, S. 83.)

⁵⁵ Die Flüchtlingsstimme, Nr. 3, 1958, S. 4, Frankfurt/M.

⁵⁶ P. A. Steiniger: „Die neofaschistische Bonner These vom »Recht auf Heimat«, in: Auf den Spuren der „Osiforschung“, Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität, Gesell-schaftswiss. Reihe, Sonderband I, Leipzig 1962.

⁵⁷ Vgl. hierzu die sehr interessante Untersuchung von H. Adler: Berlin in jenen Tagen, Berlin 1959.

⁵⁸ Der erste Westberliner Bürgermeister und aktive Spalter der Hauptstadt, Reuter, bezeich-nete Westberlin als die „billigste Atombombe“ des Westens gegen das sozialistische Lager und als „die Klinke, mit der die Tür nach Osten aufgestossen werden kann“. Der heute regierende Bürgermeister, Brandt, erklärte Westberlin zur „Frontstadt des Kalten Krieges“, die die Rolle eines „Störenfriedes“ gegen die DDR und jede internationale Verständigung zu spielen habe. (Tatsachen über Westberlin, Ilrg. Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst — ADN, Berlin 1962, S. 12.)

Anfang 1958 hatte Brandt in den USA erklärt: „Es müsse mit allen Mitteln versucht werden, die Entwicklung in Ostdeutschland soweit wie möglich zu erschweren und so sehr wie möglich zu verlangsamen.“ (Berliner Stimme, West-Berlin 22. 2. 1958.)

Schon im Sommer 1957 war er deutlicher geworden, als er erklärte, von Westberlin aus müsse alles getan werden, „um den Widerstand gegen das Zonenregime (gemeint ist die Regie-rung der DDR, H. K.) nicht nur wachzuhalten, sondern zu verstärken“. (Aussenpolitik, Stutt-gart, Heft 6, Juni 1957.)

⁵⁹ Aus der Note der Sowjetregierung an die Regierung der USA vom 27. November 1958. (Zitiert in: Berlin im Blickpunkt der Welt, Berlin 1959, S. 126.)

⁶⁰ Am 9. 7. 1952 berichtete „Der Spiegel“, Hamburg: „Wichtigster Bestandteil des X-Appa-rates ist der am 24. März dieses Jahres gegründete Forschungsbeirat . . . mit Dienstsitz in West-berlin. Er soll ein detailliertes Sofortprogramm für alle Überleitungsmassnahmen im Falle der Machtübernahme in der Sowjetzone ausarbeiten.“ (Gemeint ist die DDR, H. K.)

⁶¹ Aus der Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, W. Ulbricht, vom 18. August 1961: „Uns sind die Pläne der Bonner Regierung bekannt, Sie liefern darauf hinaus, durch eine auf die Spitze getriebene Störtätigkeit solche Bedingungen zu schaffen, um nach den westdeutschen Wahlen mit dem offenen Angriff gegen die DDR, den Bürgerkrieg und offenen militärischen Provokationen beginnen zu können.“ (Neues Deutschland, Berlin, 19, 8. 1961.)

⁶² Am 18. März 1961 berichtete „Die Welt“, Hamburg, über Brandts Auftreten in den USA: „Gegenüber einigen Journalisten bemerkte er... in der Zone (gemeint ist die DDR, H. K.) herrschte eine explosive Stimmung. Sie könnte... leicht einen neuen Aufstand nach dem Muster des 17. Juni 1953 auslösen. Angeblich soll er noch hinzugefügt haben, seine Freunde könnten da im Notfall ein wenig nachhelfen. Dieser Zusatz wurde später dementiert...“ A. Dalma, ein enger Freund des damaligen Kriegsministers Strauss, schrieb am 24. Juni 1961 im „Münchener Merkur“, Bonns Ziel sei es, in der DDR durch „politische, psychologische, propagandistische und nicht zuletzt auch organisatorische und subversive Vorbereitungen seitens des Westens, von der Sabotage der Produktion und des Verkehrs über eine Streikwelle bis zum vollständigen passiven Widerstand, von der Massendesertion und von den Strassendemonstrationen bis zur völligen Auflösung der Volksarmee und bis zum regelrechten Volksaufstand gegen die Sowjettruppen zu kommen.“

⁶³ Für den wachsenden Chor realistischer Stimmen in der westlichen Welt sei Walter Lippmann, einer der einflussreichsten Journalisten der USA zitiert, der nach dem 13. August 1961 an die Adresse Bonns gewandt schrieb: „Wenn die Deutschen die Tatsache der Teilung anerkennen, ihre gegenwärtige Politik ändern und bessere Beziehungen zu Osteuropa suchen, werden sie der Welt einen grossen Dienst erweisen.“ (Zitiert in DdZ Nr. 252, 1961, S. 16.)

⁶⁴ Auf einer Kundgebung am 16. August 1961 erklärte Brandt in Westberlin: „Ich habe heute dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, John Kennedy, in einem Brief in aller Offenheit unsere Meinung gesagt. Berlin erwartet mehr als Worte. Berlin erwartet politische Aktionen.“ (Zitiert in DdZ Nr. 246, S. 5.) Hierin sind weitere Beispiele angeführt, von denen nur noch die „Deutsche Soldatenzeitung“, München, angeführt sei, in der es am 18. 8. 1961 u. a. hiess: „Die Stunde ist ernst, was wir jetzt brauchen, das sind keine papierernen Deklarationen, das sind keine flammenden Proteste, keine tönenden Resolutionen, das sind harte und realistische Massnahmen.“

⁶⁵ Am 18. 9. 1961 schrieb das Informationsorgan des „Bundes der Vertriebenen“, „Deutscher Ostdienst“, der 13. August habe deutlich gemacht, „dass der Weg in die alte Heimat, der Weg nach Breslau und Königsberg, nur über Berlin führen kann... Diesem Bewusstsein des Entstehens aller Deutschen für Berlin... gab Staatssekretär Dr. Walter Preissler unter starkem Beifall Ausdruck, als er ausrief: Angesichts der gegenwärtigen Situation muss ganz Deutschland eine einzige Landsmannschaft Berlin sein.“

⁶⁶ Der Präsident des „Bundes der Vertriebenen“, Krüger, erklärte auf einer Spitzentagung des BdV in Bonn: „Nach meiner Überzeugung ist das geringste Nachgeben der freien Welt als eine verlorene Schlacht zu werten, die die Gesamtsituation verschlechtert. Dies unseren Verbündeten nachdrücklich vor Augen zu führen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Verbandes.“ (Zitiert in „Deutscher Ostdienst“, Bonn, 2. 7. 1962.)

⁶⁷ Am 18. August 1961 sagte Adenauer in seiner Regierungserklärung: „Auch die Bundesrepublik Deutschland wird im Rahmen der Atlantischen Verteidigungsorganisation ihrerseits Massnahmen zur Stärkung der militärischen Bereitschaft ergreifen müssen, um die Anstrengungen, die insbesondere durch die Vereinigten Staaten, aber in erheblichem Umfange auch von den anderen NATO-Partnern unternommen werden, zu unterstützen und zu ergänzen.“ (Zitiert in „Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung“, Köln, 20. 8. 1961.)

⁶⁸ Am 6. 10. 1961 schrieb die „Sudetendeutsche Zeitung“, München: „Erfreulicherweise beginnt man jetzt aber in Bonn, sich gegen die »weiche Welle« in Amerika zu stemmen. Die diplomatischen Stellen der Bundesregierung sind darauf konzentriert, den deutschen Standpunkt in der Berlin- und Deutschlandfrage zur Geltung zu bringen und der allgemeinen Konzessionsbereitschaft entgegenzuwirken, wobei die Bundesregierung sich bemüht, ihren westlichen Verbündeten klarzumachen, dass eine Schwächung der Position der Bundesrepublik unabschbare Folgen für das westliche Bündnis insgesamt haben würde.“

⁶⁹ Vgl. G. Mann: Der verlorene Krieg und die Folgen, in: Bestandsaufnahme — eine deutsche Bilanz 1962, Hrs. H. W. Richter, München 1962. Mann macht sich hier zum Wortführer dieser neuen taktischen Richtung.

⁷⁰ Auf dem CSU-Parteitag in Nürnberg vom Oktober 1962 erklärte der damalige Kriegsminister Strauss die Anwendung militärischer Gewalt durch die NATO als einzigen Weg zur

Wiedervereinigung. Da die Bundesrepublik für diese Aufgabe zu klein sei, könne nur die NATO die Voraussetzung für die deutsche Einheit schaffen, „wenn die Zeit reif ist“.
(Neues Deutschland, Berlin, 15. 10. 1962.)

⁷¹ Umfang der Grenzprovokationen vom 13. August 1961 bis zum 31. Juli 1962.

459 Angriffe auf Grenzsicherungsanlagen der DDR.

236 Bedrohungen oder Angriffe auf Grenzposten mit Waffengewalt,

493 Tränengasbombenwürfe auf Grenzposten der DDR,

200 gewaltsame Grenzdurchbrüche von Westberlin aus,

2746 Diversions- und Sabotageakte an der zur DDR gehörenden S-Bahn in Westberlin.

18 Sprengstoffattentate auf den Schutzwall in der Zeit vom 9. 12. 61 bis zum 18. Februar 268/62, S. 48/49).

(J. Mader: Provokationsherd Westberlin, in: Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere, Berlin, Nr. 5/1963, S. 16),

Vgl. hierzu auch die sowjetische Note an die USA-Regierung vom 7. 6. 1962 (DdZ, Nr. 268/62), S. 48/49.

⁷² DdZ Nr. 226/1960, S. 42/43.

⁷³ Aus der Erklärung des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu den Ergebnissen des 13. August 1961 vom 4. 10. 1961 (Neues Deutschland, Berlin, 4. 10. 1961).

Východní koncepce západoněmeckého imperialismu, jeho tradice a úloha sudetoněmeckého revanšismu.

Autor se ve svém příspěvku zamýšlí nad tradičními cestami německého imperialismu a nad jeho snahami po pronikání na východ. Ukazuje zejména na období hitlerovského Německa, kdy se východní koncepce německého imperialismu projevila nejmarkantněji. Německá velkoburžoazie a její politikové po porážce roku 1945 se dala do služeb antikomunistického tažení a snažila se zachránit své ekonomické a mocenské pozice jako podklad východní expanze v budoucnu. Spolu se západními velmocemi němečtí imperialisté rozpoltili německý národ vytvořením bonnského separátního státu, který se stal neaktivnější silou v NATO.

V dalším líčení autor se zaměřuje na tzv. evropskou koncepci německých imperialistů, zaměřenou v první řadě proti socialistickým zemím. Tato koncepce však vážně ohrožuje národní a státní svrchovanost některých západoevropských zemí.

Podstatnou část svého příspěvku věnuje autor úloze sudetoněmeckých revanšistů. Všimá si některých historických aspektů tohoto hnutí. Mezi západoněmeckými revanšisty mají bezesporu přední místo sudetoněmecké landsmanschafty. Jejich ideologickou centrálou je Witiko-Bund, jehož úlohu se autor pokouší hodnotit. Revanšistická propaganda Witiko-Bundu a jiných sudetoněmeckých organizací je založena na celé škále historických falsifikací, polopravd apod., jež se rodí v různých institutech pro zkoumání východu. Tyto instituty, stejně jako celé sudetoněmecké hnutí, jsou nástrojem německého imperialismu.

Konečně v poslední části svého příspěvku autor rozebírá rozličné snahy západoněmeckých imperialistických kruhů při provádění východní koncepce v současné době.